

NRW, jetzt erst gerecht!

Wir haben verstanden – das war unsere Botschaft nach der Kommunalwahl. Ein Satz, der schnell wie eine Floskel klingt. Doch für uns ist er der neue Maßstab: Wir müssen gerade jene überzeugen, die zunächst an leere Worte denken. Nur wenn wir sie wieder für uns gewinnen, gewinnen wir auch Nordrhein-Westfalen wieder für die SPD. *Wir haben verstanden* ist unser Versprechen, dass sich die NRWSPD spürbar und glaubwürdig verändert.

Wir haben verstanden!

»Es ist eigentlich ganz einfach: Konzentriert euch endlich wieder auf das Wesentliche. Auf das, was für uns wichtig ist, die wir jeden Tag arbeiten, für unsere Familien sorgen und uns im Verein engagieren. Wir brauchen eine starke SPD an unserer Seite, die uns hilft. Keine SPD, die in Talkshows sitzt und über Dinge redet, die in unserem Alltag keine Rolle spielen.«

(aus einer Einsendung auf [verstanden.nrw](https://www.verstanden.nrw))

Anfang Oktober haben Landesvorstand und Landesparteierrat den Einstieg in die größte Kurskorrektur der NRWSPD in diesem Jahrzehnt beschlossen. Im ersten Schritt dieser Neuausrichtung haben wir zugehört – gerade denen, die sich enttäuscht von uns abgewendet haben. Wir wollten Klartext: ehrlich, direkt, unverblümt. Und genauso lassen sich die über 1.000 Rückmeldungen auf [verstanden.nrw](https://www.verstanden.nrw) und bei der Zuhör-Tour zusammenfassen. Viele berichten von einer wachsenden Distanz zur SPD – umso größer ist der Wunsch nach einer SPD, die wieder verlässlich Politik für ihre Interessen macht. Dieses Feedback wird die Grundlage unserer inhaltlichen Neuausrichtung – und sie beginnt mit diesem Beschluss.

NRW und die SPD verbindet eine gemeinsame Geschichte. Über Jahrzehnte haben uns die Menschen zugetraut, die einende Kraft zu sein, die Aufstieg ermöglicht und den Aufbruch unseres Landes organisiert.

Dieses Vertrauen wollen wir uns wieder verdienen und diesen Auftrag mit Leben füllen. Wir konzentrieren uns auf das Wesentliche und stehen fest in der Mitte und an der Seite all jener, die unser Zusammenleben tragen – mit ihrer Arbeit, in der Familie, im Ehrenamt. Für sie wollen wir NRW wieder in Ordnung bringen.

Wir haben verstanden, dass wir oft zu weit weg waren: Wir haben Probleme nicht klar benannt und Anliegen übersehen, die unseren Wählerinnen und Wählern wichtig sind. Und schlimmer noch: Wenn Menschen sich mit konkreten Themen an uns gewandt haben, haben sie oftmals nicht einmal eine Reaktion von uns erhalten. Zu häufig haben wir über langfristige Perspektiven gesprochen, während die Herausforderungen im Hier und Jetzt keinen Aufschub duldeten und dulden. Zu oft haben wir uns mit uns selbst beschäftigt, obwohl die Menschen eine geschlossene, zielstrebige SPD brauchten. Das ändert sich jetzt. **Der neue Stil der NRWSPD ist Klarheit.** Klarheit heißt, offen zu sagen, was geht – und was nicht. Nicht alles lässt sich gleichzeitig umsetzen. Nicht alles ist Aufgabe der Landespolitik und unmittelbar durch uns lösbar. Genau deshalb setzen wir klare Prioritäten und treffen Entscheidungen. Wir sagen, was die Menschen von uns

erwarten können, und entwickeln Lösungen aus der Perspektive von Berufstätigen und ihren Familien.

NRW, jetzt erst gerecht!

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben keinen Grund mit der Landespolitik zufrieden zu sein. Unsere Wirtschaft steckt im Abstiegskampf. Schulen schneiden so schlecht ab wie in kaum einem anderen Bundesland. Schulabbrüche werden häufiger. In ehemaligen Arbeiterstadtteilen verfallen Quartiere, viele Menschen fühlen sich in ihrem Umfeld zunehmend unwohl. Monatlich werden tausende Industriearbeitsplätze abgebaut. NRW steht regelmäßig still – auf Autobahnen und im Bahnchaos. Den Staat spüren die Menschen im Geldbeutel, aber immer weniger im Alltag. Es entsteht ein stetiges Gefühl der Ungerechtigkeit. Zukunftsängste wachsen, viele fühlen sich abgehängt. Dass NRW in immer mehr bundesweiten Vergleichen zurückfällt, erleben die Menschen konkret: bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum oder nach einem Pflegeplatz für Angehörige. Wo Mut, Klarheit und soziale Handschrift fehlen, wächst Frust und Chancen bleiben ungenutzt.

»Für eine SPD, die wieder Rückgrat zeigt. Für die, die sonst keiner sieht. Für Haltung – nicht für Kuhhandel. Für Respekt. Für Würde. Für Gerechtigkeit. Für ein Land, in dem Arbeit wieder zum Leben reicht. Und Krankheit nicht automatisch Armut bedeutet. Für ein NRW, das niemanden zurücklässt – egal, wo er herkommt.«

(aus einer Einsendung auf [verstanden.nrw](https://www.verstanden.nrw))

Doch es genügt nicht, den Stillstand zu beschreiben oder die Landesregierung für wachsende Hürden im Alltag verantwortlich zu machen. Mit Blick auf die Landtagswahl 2027 zeigen wir: Wir wollen den Menschen schnellstmöglich zeigen: Die SPD ist eine Regierungspartei im Wartestand – mit einem klaren Aufstiegsplan, der ab 2027 sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht.

6 Punkte für 26

Für diesen Aufstieg setzen wir Prioritäten, verfolgen einen nachvollziehbaren Plan und machen unsere Entscheidungen transparent: Unsere 6 Punkte für 26 betreffen die zentralen Probleme, zu denen wir die meisten Rückmeldungen erhalten haben. Für diese Probleme erarbeiten wir 2026 im Programmprozess Lösungen.

Dabei haben wir ein Ziel: NRW wieder gerecht zu machen.

1. Gerechtes Leben: auf dem Weg zum familienfreundlichsten Bundesland

Kita-Schließungen, Unterrichtsausfall, Verkehrskollaps und Pflegeplatzmangel – durch die vielen Herausforderungen des Alltags geraten Familien konstant unter Druck. Es ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, ihnen zeitlich und finanziell wieder Luft zu verschaffen. Sie müssen spüren können, dass der Staat funktioniert. Unsere SPD-Rathausspitzen zeigen, wie familienfreundliche Politik zum Standortvorteil wird. Von ihnen werden wir lernen. Ab 2027 machen wir NRW zum familienfreundlichsten Bundesland Deutschlands.

»Die Berufstätigen und ihre Familien brauchen die SPD und sollen sich wieder sicher sein, dass die SPD hinter ihnen steht. Keine Frage.«

(aus einer Einsendung auf [verstanden.nrw](https://www.verstanden.nrw))

Herkunft darf nicht über Zukunft entscheiden. Jedes Kind soll die besten Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg und ein selbstbestimmtes Leben erhalten. Dafür kämpfen wir ab 2027 mit aller Kraft. „Kein Kind zurücklassen“ ist für uns nach wie vor ein Auftrag, den wir neu mit Leben füllen werden. Für uns heißt das konkret: „Kein Kind ohne Zukunftschancen“. Zentral ist das Kinder-Chancen-Geld, das wir einführen werden: Jedes Kind in NRW bekommt mit seiner Geburt automatisch 5.000 Euro vom Land. Dieses Geld wird angelegt und soll Kindern zum 18. Geburtstag für gleichwertige Startchancen ins Berufsleben ausgezahlt werden. Mit der flächendeckenden Einrichtung von *Kommunalen Familienbüros*, die Familien bereits vor der Geburt beraten und gezielt unterstützen, begleiten wir Familien von Anfang an. Dazu gehört auch eine gute Betreuung in der Schwangerschaft, eine landesweit gesicherte Geburtshilfe und eine gute Betreuung im Wochenbett. Deshalb werden wir die Hebammen in NRW unterstützen. So sorgen wir für gerechte Entlastung für Familien und gerechte Bildungschancen für alle Kinder.

Unser Anspruch ist klar: Wir werden Familien den Alltag erleichtern – durch ein umfassendes Ausbauprogramm für Kita- und Kindertagespflegeplätze. Und wir entlasten Familien finanziell: Zunächst übernehmen wir Kita-Gebühren gestaffelt für niedrige und mittlere Einkommen, danach schaffen wir bis 2032 alle Kita-Gebühren ab. Zusätzlich machen wir das Mittagessen in Kitas und Schulen kostenfrei. Dadurch werden Familien um bis zu 2.500 Euro pro Kind und Jahr entlastet.

Familie bedeutet in vielen Fällen auch die Pflege von Angehörigen. Ambulante Pflege und Pflege zu Hause müssen endlich ins Zentrum der Landespolitik gerückt werden. Wer die häusliche Pflege stärkt, verschiebt nicht Kosten, sondern verhindert Überlastung, Klinikaufenthalte und soziale Isolation. Tagespflegen entlasten Angehörige, fördern die soziale Teilhabe und werden besonders bei Demenz und höheren Pflegegraden nachgefragt. Darum werden wir das Angebot ausbauen. Zudem unterstützen Pflegelotsen als feste Ansprechpersonen die Familien bei der Auswahl und Beantragung von Angeboten. Wir wollen, dass das Land seiner Verpflichtung nachkommt und alle Investitionskosten für die stationäre Pflege trägt. Dadurch müssen diese zukünftig nicht mehr von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen getragen werden.

Für uns als SPD ist es selbstverständlich, dass Arbeit und Familie miteinander vereinbar sein müssen. Wer Familienmitglieder pflegt oder Kinder erzieht, verdient die beste Unterstützung.

Alle diese Maßnahmen bündeln wir in einer Modernisierungsagenda, die Familien nachhaltig entlastet.

2. Gerechte Arbeit – Eine Wirtschaft für alle Menschen in NRW

Die SPD ist die Partei der Arbeit. Doch die Arbeitswelt von heute ist eine andere als noch vor 160 Jahren. Sie muss sich in ihrer Breite in unserer Politik widerspiegeln – von der Industrie und dem

Handwerk über den großen Dienstleistungsbereich bis hin zu den vielen Selbstständigen, die ihre Betriebe persönlich führen.

»Wieder zurück zu den Wurzeln: Eine eigenständige Partei sein, die nicht auf andere schielt. Sondern sich auf die Fahne schreibt, Partei der Arbeit zu sein. Das heißt, Einsatz für gute Arbeit, aber auch gute Wirtschaft. Weniger Bürokratie. Weniger Verbote.«

(aus einer Einsendung auf [verstanden.nrw](https://www.verstanden.nrw))

Wir wissen: Was andernorts Bodenschätze sind, sind bei uns die klugen Köpfe von morgen. NRW braucht eine aktive Industrie- und Standortpolitik – und eine Landesregierung, die für jeden Arbeitsplatz in Industrie, Dienstleistungssektor, Handwerk, Wissenschaft und Mittelstand kämpft.

Deshalb organisieren wir mit einem „Bündnis für Arbeit“ einen breiten Schulterschluss von Beschäftigten, Gewerkschaften, Arbeitgebern, Start-ups, Wissenschaft und Politik. Wir laden schon jetzt zu einem offenen Dialog über den Bürokratieabbau und ein Leitbild für den wirtschaftlichen Fortschritt unseres Landes ein. Gemeinsam wollen wir klären, wie wir Wertschöpfungsketten in NRW sichern – von der heimischen Stahl- und Chemieproduktion bis hin zur Batteriezellenproduktion. Wie wir industrielle Innovation voranbringen – von Wasserstoff über KI bis zur klimaneutralen Produktion im Mittelstand. Und wie wir sichere, gerecht bezahlte, tarifgebundene Arbeitsplätze zur zentralen Voraussetzung für staatliche Investitionen machen – in der Industrie ebenso wie im Dienstleistungssektor, in der Pflege wie in der IT. In den ersten 100 Tagen einer neuen Landesregierung bringen wir in einer konzertierten Aktion die notwendigen Maßnahmen auf den Weg.

Nach saarländischem Vorbild richten wir einen Transformationsfonds ein, der Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstützt und Arbeitsplätze in einer Phase tiefgreifenden Wandels absichert. Dazu gehört auch, Unternehmen – temporär oder langfristig – durch staatliche Beteiligungen bei der Transformation zu unterstützen. Grundlegend ist für uns hierbei, dass Unternehmen, die profitieren, sich zu Standort- und Beschäftigungsgarantien mit tarifgebundener Arbeit verpflichten. Beispiele aus der Corona-Zeit und aus anderen Bundesländern zeigen: Dieser Weg funktioniert.

Transformation und Strukturwandel verändern die Arbeitswelt schon heute. Für viele Beschäftigte bedeutet das vor allem eines: Unsicherheit. Sie fragen sich, ob ihr Arbeitsplatz bleibt, ob ihr Beruf auch morgen noch gebraucht wird und ob sie mit dem Tempo der Veränderungen mithalten können. Diese Sorgen nehmen wir ernst. Deshalb verbinden wir Industriepolitik konsequent mit einer Arbeitsmarktpolitik, die Sicherheit gibt. Qualifizierung und Weiterbildung sind für uns keine private Wette auf die Zukunft, sondern eine gemeinsame Aufgabe. Beschäftigte müssen sich weiterentwickeln können, ohne Angst vor Einkommensverlust, Überforderung oder dem Verlust ihres Arbeitsplatzes. Uns ist klar: Veränderungen am Arbeitsmarkt und Reformen des Sozialstaats dürfen nicht dazu führen, dass der Druck auf die Beschäftigten wächst. Unsere Verantwortung ist es, Wandel so zu gestalten, dass er Perspektiven eröffnet – und keine Abstiegsängste verstärkt. Mit einer landesweiten Arbeitsmarktstrategie setzen wir deshalb auf gezielte

Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote, die sich am tatsächlichen Bedarf von Betrieben und Beschäftigten orientieren. Außerdem wollen wir die berufliche Ausbildung stärken, denn alle Unternehmen in Nordrhein-Westfalen profitieren von ausgebildeten Fachkräften und sollen sich daran beteiligen. Dadurch nehmen wir junge Menschen besonders in den Blick – ohne diejenigen zu vergessen, die mitten im Berufsleben stehen.

3. Gerechte Bildungschancen von der Kita bis in den Job

In Deutschland hängt der persönliche Erfolg wie in kaum einem anderen Land von der Bildung ab. Oft entscheidet sich in den ersten zehn bis zwanzig Lebensjahren, ob Menschen auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Investitionen in Bildung sind Investitionen in individuellen Aufstieg und gleichzeitig in die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Sie steigern über Generationen hinweg Produktivität, Beschäftigung, Innovation und sichern damit die Wirtschaftsleistung nachhaltig. Unser Ziel ist klar: NRW und Deutschland sollen auch in zehn, zwanzig und fünfzig Jahren zur Weltspitze gehören. Gute und verlässliche Bildung ist deshalb Kern unseres Aufstiegsplans.

»Es ist eigentlich nicht schwer. Bildung sollte beitragsfrei und überall zugänglich sein, ohne Wenn und Aber. [...] Da wir im OECD-Vergleich sowieso mit am wenigsten für Bildung ausgeben, ist hier noch viel Luft nach oben. Ich erwarte von der SPD, dass sie leidenschaftlich für dieses Thema kämpft und es tagtäglich in die öffentliche Debatte trägt.«

(aus einer Einsendung auf [verstanden.nrw](https://www.verstanden.nrw))

Wir steigern die Ausgaben in unser Bildungssystem spürbar. Wofür? Für Instandsetzung und Modernisierung der Schulen, deutliche Reduzierung von Unterrichtsausfall und einen stärkeren Fokus auf das soziale Miteinander. Dabei nehmen wir besonders die Kinder in den Blick, die mehr Unterstützung brauchen. Mit einem Chancenjahr für Kinder mit Förderbedarf schaffen wir zusätzliche Zeit und gezielte Förderung für ihre ganzheitliche Entwicklung – sprachlich, sozial, emotional und motorisch. Kein Kind darf wegen fehlender Unterstützung früh den Anschluss verlieren.

Außerdem ist Mobbing – analog wie digital – eine ernsthafte Gefahr für den Bildungserfolg vieler Kinder und Jugendlicher. Deshalb wollen wir Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Klimas an Schulen ausbauen. Als Beispiel dient uns dafür das Konzept der dänischen Klassenzeit, in der soziale Kompetenzen trainiert werden. Zudem brauchen wir verbindliche Regeln für den handy-freien Vormittag als einheitlichen Ordnungsrahmen.

Lehrpläne richten wir stärker an den tatsächlichen Bedarfen der Schülerinnen und Schüler aus. Die Ergebnisse der Enquetekommission *Chancengleichheit in der Bildung* sind dafür ein zentraler Leitfaden. Mit Blick auf diese Ergebnisse orientieren wir uns am Hamburger Modell und steigen auch in NRW auf ein zweigliedriges Schulsystem um. Gute Bildung geht nur mit guten Fachkräften, die den Freiraum haben, den es braucht, um unsere Kinder zu begleiten. Das gilt sowohl für unsere Kitas als auch für unsere Schulen. Ab 2027 sorgen wir für mehr Personal: Mit einer bezahlten Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher, die für Entlastung an Kitas und im Ganztag sorgt. Wir holen die Alltagshelferinnen und Alltagshelfer zurück in unsere Kitas, um den

pädagogischen Fachkräften Raum und Zeit für frühkindliche Bildung zu geben. Wir setzen auf eine praxisnähere Lehrkraftausbildung. Dafür starten wir ein Pilotprojekt, das in Kooperation mit den Hochschulen, Ausbildungszentren und Schulen die Masterstudierenden praxisnah auf den Schulalltag vorbereitet. Und wir entlasten unsere Schulleitungen, indem wir ihnen mehr Gestaltungsmöglichkeiten geben und sie von Berichtspflichten lösen.

4. Gerecht und sicher – ein starker Rechtsstaat für alle

Ein funktionierender Rechtsstaat ist die Grundlage unseres Sozialstaats. Zu lange hat die SPD dem Thema innere Sicherheit nicht den Stellenwert gegeben, den es verdient. Das ändert sich nun. Öffentliche Sicherheit wird wieder fester Bestandteil der DNA der NRWSPD – denn Schutz vor Kriminalität ist auch eine Frage von Gerechtigkeit. Wer wenig verdient, kann sich Sicherheit nicht kaufen. Er oder sie ist auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen, der sie schützt. Regeln gelten für alle und müssen verlässlich durchgesetzt werden. Wer sie missachtet, muss Sanktionen spüren – schnell und konsequent, ohne Vorurteile und ohne falsche Rücksichtnahme. Hierfür braucht es eine personell gut ausgestattete, handlungsfähige Justiz, die Strafverfolgung in allen Kriminalitätsbereichen effektiv organisiert und Verfahren schnell zum Abschluss bringt. Wenn das Knöllchen fürs Falschparken auf dem Fuß folgt, müssen Ermittlungen auch bei Delikten wie Steuerkriminalität oder Geldwäsche, die einen ungleich höheren gesellschaftlichen Schaden verursachen, schnell und zielgerichtet vorangetrieben werden.

»Ich wünsche mir eine SPD, die wieder sprachfähig beim Thema Sicherheit ist. In den letzten Jahren hat sich etwas massiv verschoben. Im Großen, durch Kriege, Terror und globale Spannungen. Aber auch vor unserer Haustür. Ich fühle mich in meinem Stadtteil nicht mehr sicher – und ich gehöre nicht zu denen, die diese These schon seit Jahren aufstellen. Die SPD muss wieder klar an der Seite der Polizei stehen und diese personell und materiell so ausstatten, dass sie den Gefahren gewachsen ist.«

(aus einer Einsendung auf [verstanden.nrw](https://www.verstanden.nrw))

Sozialdemokratische Sicherheitspolitik beruht auf zwei Säulen: einem Staat, der konsequent durchgreift, und einem Staat, der in Prävention investiert.

Ab 2027 sorgen wir für eine stabil wachsende Anzahl von Einsatzkräften, indem wir der Quote von Studienabbrüchen mit mehr Lehrkräften und kleineren Kursen sowie entlasteten Lehrplänen entgegenwirken. So ermöglichen wir Präsenz und den schnelleren Abbau von Überstunden. Wir statten die Polizei technisch und juristisch zukunftsgerecht aus. Im digitalen Raum erhalten die Ermittlungsbehörden stärkere Befugnisse. Auch die Möglichkeiten der Sicherheitsbehörden zur KI- und Videoüberwachung kriminalitätsbelasteter Orte bauen wir aus und beachten dabei Standards der sicheren Datenverarbeitung. Die Kommunen sollen rechtssicher die Möglichkeit erhalten zum Schutz der Öffentlichkeit vor Vandalismus und Vermüllung Radar- und Videoüberwachung einzusetzen. Die organisierte Kriminalität in allen ihren Formen werden wir mit allen Mitteln des Rechtsstaats bekämpfen. Vermögens- und Immobilienbeschlagnahmungen beschleunigen wir und entziehen den Strukturen so ihren finanziellen Nährboden.

Die beste Kriminalitätsbekämpfung ist aber die, die es gar nicht erst braucht. Deshalb setzt unsere präventive Sicherheitspolitik bei den Ursachen von Kriminalität an. Gute Innenpolitik ist

immer auch gute Sozialpolitik. Denn viele Straftaten entstehen dort, wo Armut, schlechte Wohnverhältnisse und fehlende Perspektiven zusammentreffen. Daher unterstützen wir Kommunen dauerhaft dabei, Jugendzentren, Straßensozialarbeit und Beratungsangebote auszubauen, Angsträume zu beseitigen und soziale Infrastruktur zu sichern – gerade dort, wo die Haushaltslage schwach ist.

Auf kommunaler Ebene sollen außerdem kriminalpräventive Räte gestärkt und ausgebaut werden, um passgenaue Lösungen für lokale Sicherheitsprobleme zu entwickeln. Zudem ist die Erstellung eines regelmäßigen periodischen Sicherheitsberichts erforderlich, um ein vollständigeres Bild über die Kriminalitätsentwicklung zu erhalten und Maßnahmen gezielt anzupassen. Wissenschaftlich fundierte Innenpolitik braucht eine solide Basis, weshalb wir die Einrichtung eines unabhängigen Instituts für Sicherheitsforschung fordern. Dieses soll als Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis fungieren und aktuelle Erkenntnisse zur Kriminalitätsbekämpfung und Prävention in politische Entscheidungsprozesse einfließen lassen. Auf dieser Grundlage stärken wir dann wirksame Präventionsprogramme gegen Jugendkriminalität sowie gegen rechten und religiösen Extremismus.

Sicherheit braucht gesellschaftlichen Zusammenhalt: Deshalb sorgen wir dafür, dass zusätzliche Sicherheitsauflagen nicht zum Aus für öffentliche Veranstaltungen führen, und entlasten gemeinsam mit den Kommunen insbesondere unkommerzielle Veranstalter bei zusätzlichen Sicherheitskosten.

Prävention heißt für uns: Zusammenhalt stärken, Perspektiven schaffen und Kriminalität bekämpfen, bevor sie entsteht.

Sicherheit heißt auch, dass der öffentliche Raum gepflegt, hell, sauber und ordentlich ist. Sicherheitspolitik ist für uns keine abstrakte Law-and-Order-Debatte, sondern eine Frage der tatsächlichen Freiheit im Alltag. Besonders Frauen erleben Unsicherheit im öffentlichen Raum – auf dem Heimweg von der Haltestelle, auf schlecht beleuchteten Wegen oder an unübersichtlichen Plätzen. Wer sich nicht sicher fühlt, kann seine Freiheit nicht gleichberechtigt nutzen. Deshalb verstehen wir Sicherheit im öffentlichen Raum ausdrücklich auch als Frauenthema und als Voraussetzung für Gleichberechtigung, Teilhabe und Selbstbestimmung. Wir legen einen *Masterplan Licht* auf, der an dunklen Orten – etwa Bahnhöfen, Parkanlagen, Brücken und Unterführungen – das Sicherheitsgefühl erhöht.

Gleichzeitig wissen wir: Sicherheit im öffentlichen Raum entscheidet sich vor Ort. Städte und Gemeinden tragen die Hauptverantwortung für Gestaltung, Präsenz und Prävention. Gute kommunale Sicherheit braucht eine starke Landespolitik als Partnerin – finanziell, rechtlich und organisatorisch. Grundlegend ist für uns, dass Sicherheit nicht nur durch Gesetze und Technik entsteht, sondern durch Vertrauen in einen Staat, der präsent, erreichbar und handlungsfähig ist. Genau dieses Vertrauen wollen wir zurückgewinnen. Sicherheit ist ein Versprechen an die große Mehrheit, die sich an Regeln hält und sich einen funktionierenden Staat wünscht.

5. Gerechtes Zusammenleben – klare Regeln, echte Integration

Migration prägt den öffentlichen Diskurs in den Medien, in der Nachbarschaft, in der Familie und im Verein. Für uns ist klar: Jeder Mensch, der mitanpackt und das Zusammenleben mitgestalten möchte, ist herzlich willkommen. NRW kennt viele Erfolgsgeschichten zur Integration von Menschen verschiedenster Herkunft. Zugleich ist Migration mit Herausforderungen verbunden, auf die es differenzierte, ehrliche Antworten braucht.

»Die SPD muss einen klaren Kurs bei der Migration fahren. Auf der einen Seite brauchen wir diese Menschen in vielen Bereichen. Hier muss ein klarer Kurs gefahren werden, diese Menschen zu integrieren. Auf der anderen Seite muss man aber auch diejenigen in die Schranken weisen, die unsere Gesetze missachten. Da darf auch nicht gezögert werden, diese Leute wieder in ihre Herkunftsländer zu bringen.«

(aus einer Einsendung auf verstanden.nrw)

Ab 2027 streben wir in Regierungsverantwortung deswegen eine Neuordnung der Zuständigkeiten an: Ausländerrecht, Rückkehrmanagement sowie Aufnahme, Unterbringung und Zuweisung werden im Innenministerium gebündelt. Asylverfahren werden bei gleichbleibender Qualität weiter beschleunigt und zentralisiert, dafür stärken wir Verwaltungsgerichte personell deutlich. Um die Kommunen zu entlasten, werden Rückführungen wieder vollständig zur Aufgabe des Landes. Außerdem bauen wir Landeseinrichtungen dauerhaft auf mindestens 70.000 Plätze aus, wovon die Hälfte der Plätze im Standby Modus kurzfristig aktivierbar sein soll. Geflüchtete ohne Bleibeperspektive sollen dort verbleiben, frühzeitig überprüft werden und einer strikten Meldepflicht unterliegen. Wir werden die kommunale Unterbringung und Integration Geflüchteter besser steuern: Städte und Gemeinden mit bereits hoher Integrationsleistung werden bei der Zuweisung gezielt entlastet. Vorhaltekosten für nicht belegte Plätze in Unterkünften übernimmt das Land. Gleich im ersten Regierungsjahr überarbeiten wir das Flüchtlingsaufnahmegesetz und erhöhen die kommunalen Pauschalen deutlich.

Gelungene Integration entscheidet sich im Alltag – in Kitas, Schulen, Betrieben und Quartieren. Deshalb setzen wir klare Schwerpunkte, um Hürden im Integrationsprozess abzubauen. Frühzeitige und verbindliche Sprachförderung ist die Grundlage für Bildungserfolg und Teilhabe. Wer vor der Einschulung noch Sprachdefizite hat, muss gezielt und verpflichtend gefördert werden. Integration gelingt dort, wo Menschen schnell in Arbeit und Ausbildung kommen. Darum beschleunigen wir die Anerkennung von Berufsabschlüssen, bauen Sprachförderung am Arbeitsplatz aus und entlasten Kommunen und Ausländerbehörden durch digitale Verfahren und klare Zuständigkeiten.

Die Mehrheit ist bereit, Schutzsuchende aufzunehmen und weiß, dass ein funktionierender Alltag langfristig Fachkräfte braucht. Gleichzeitig gilt: Integration braucht Regeln. Wer hier lebt, muss sie kennen und einhalten. Der Rechtsstaat schützt vor Diskriminierung – und setzt Erwartungen durch. So stärken wir Zusammenhalt, entlasten Schulen und Kommunen und schaffen Vertrauen in ein geregeltes, faires Miteinander.

6. Ein gerechtes NRW vor Ort: Für eine funktionierende Infrastruktur

Ob unser Staat funktioniert, zeigt sich oft schon morgens an der S-Bahn-Haltestelle oder auf der Autobahn. Wenn dort die dritte Bahn nacheinander ausfällt oder man an der vierten Baustelle im Stau steht, auf der nicht gearbeitet wird, sorgt das bei Menschen, die pendeln müssen für Frustration: Warum ist es für die Politik so schwierig, bei grundlegenden Dingen eine Lösung zu finden?

Damit NRW für sie und für die Industrie wieder attraktiv wird, muss das Sondervermögen des Bundes jetzt schnell in Baumaßnahmen investiert werden. Gleichzeitig werden wir die bestehende Baustellenkoordination verbessern, damit parallele Baumaßnahmen an Straße und Schiene nicht zu Verkehrschaos und zusätzlichen Belastungen führen.

„Ohne eine massive und strukturelle Verbesserung der kommunalen Finanzen ist alles Flickschusterei.“

(aus einer Einsendung auf [verstanden.nrw](https://www.verstanden.nrw))

Das Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes bietet eine historische Chance. Doch die Landesregierung leitet nur 10 Milliarden Euro (47 Prozent) pauschal an die Kommunen weiter – deutlich weniger als andere Länder. Ab 2027 stellen wir den sogenannten NRW-Plan grundlegend neu auf und entbürokratisieren ihn. Unser Ziel: 80 Prozent der Mittel gehen pauschal an die Kommunen – denn sie wissen am besten, wo investiert werden muss.

Gerade in Ballungsräumen betreffen infrastrukturelle Herausforderungen oft nicht nur eine Stadt, sondern auch die Nachbarstädte – zum Beispiel beim Verkehr, beim Nahverkehr oder bei der Neugestaltung von Quartieren. Nach dem Vorbild der Emschergenossenschaft werden wir hier die Gründung von Infrastrukturgenossenschaften fördern, mit denen die Verkehrswege, der öffentliche Personennahverkehr oder die Stadtentwicklung verschiedener Städte aufeinander abgepasst und weiterentwickelt werden. So werden finanzielle und personelle Kapazitäten bestmöglich genutzt und gemeinsame Probleme gemeinsam gelöst.

Doch für die große Mehrheit der öffentlichen Investitionen in Deutschland sind unsere Kommunen verantwortlich. Hier entscheidet sich, ob Menschen den Staat als handlungsfähigen Akteur wahrnehmen. Ob es vor Ort noch ein Schwimmbad gibt, wo die Kinder das Seepferdchen machen können. Ob der Sportplatz noch regelmäßig gemäht wird, damit man da auch Fußball spielen kann. Oder ob es noch eine öffentliche Bibliothek gibt für alle, die nicht die Goethe-Gesamtausgabe zuhause im Regal haben. Doch leider hat das Aushungern der Kommunen hat unter Schwarz-Grün Methode. Damit brechen wir. Nach der Landtagswahl erhöhen wir in Regierungsverantwortung den kommunalen Anteil an den Gemeinschaftssteuern (Verbundsatz) von derzeit 23 auf zunächst 25 Prozent sowie nach der Konsolidierung von Landesförderprogrammen auf 26 Prozent. Das hilft den Städten und Gemeinden und ist ehrliche Entbürokratisierung. Darüber hinaus entlasten wir besonders hoch verschuldete Kommunen durch die Weiterentwicklung des Stärkungspakts Stadtfinanzen.

Wir bringen das Leben vor Ort wieder in Ordnung – nicht zuletzt bei der Wohnungspolitik. Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können sich kein Eigentum mehr leisten. Jährlich fallen rund 30.000 Wohnungen aus der Preisbindung des sozialen Wohnungsbaus, wodurch sich die Mietspiegel noch weiter erhöhen. Besonders Familien leiden, weil sie keinen passenden Wohnraum finden oder verdrängt werden. Ab 2027 schöpfen wir alle rechtlichen Möglichkeiten der Mietpreisbremse in den Ballungszentren aus. Langfristig hilft gegen Wohnungsnot jedoch vor allem eines: Bauen. NRW braucht wieder eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft. Diese bauen wir nach der Landtagswahl in Regierungsverantwortung auf – mit dem Ziel, dauerhaft mehrere hundert Wohneinheiten pro Jahr zu errichten. Dabei dient uns das New-Towns-Programm der britischen Labour-Regierung als Vorbild: Gerade ehemalige Industrieflächen lassen sich für den Bau neuer Wohnquartiere nutzen. So beugen wir weiterer Flächenversiegelung vor und entwickeln in sich funktionierende Quartiere.

NRW, jetzt erst gerecht!

Wenn NRW nicht funktioniert, trifft das zuerst diejenigen, die ihren Alltag jeden Tag organisieren müssen. Die Arbeit, Kita, Schule, Wohnen und Pflege miteinander vereinbaren – und darauf angewiesen sind, dass öffentliche Strukturen verlässlich funktionieren. Sie wollen in ihren Städten und Gemeinden gut und sicher leben können. Fällt die Kita aus, sind die Schulen marode, ist die neue Wohnung unerschwinglich oder wird der öffentlicher Raum unsicher, gerät dieser Alltag aus den Fugen. Das kostet jedes Mal Zeit, Kraft und Nerven. Und es kostet Vertrauen. Besonders hart trifft es diejenigen, die sich nicht einfach Alternativen leisten können.

Die Landesregierung spricht vom geräuschlosen Regieren. Für viele, die uns geschrieben haben, fühlt sich das anders an: Probleme bleiben liegen, Zuständigkeiten sind unklar und Entlastung kommt nicht an. Das ist ungerecht. Denn wenn der Staat nicht funktioniert, entscheidet am Ende der Geldbeutel darüber, wer ausweichen kann – und wer den Preis zahlt. Wer auf der Arbeit oder in der Familie Verantwortung trägt, ist auf funktionierende Schulen, Kitas, Verwaltungen und Infrastruktur angewiesen. Wenn diese versagen, verlieren Leistung und Engagement an Wert. Stattdessen gewinnen Herkunft, Vermögen oder Einfluss wieder an Bedeutung. Das ist kein individuelles Scheitern. Es ist die Folge falscher politischer Prioritäten – und genau daran müssen wir etwas ändern.

Es wird Zeit, dass sich in Nordrhein-Westfalen etwas ändert. Es wird Zeit, Grundlegendes in Ordnung zu bringen und wieder für sichere Arbeitsplätze, gute Schulen, verlässliche Kitas, bezahlbare und erreichbare Pflege zu sorgen. Für einen Staat, der Kriminalität wirksam bekämpft. Für Integration, die gelingt. Straßen, die befahrbar sind. Wohnungen, die sich eine Durchschnittsfamilie leisten kann. Das ist die Aufgabe der Landesregierung – und die SPD wird sie in NRW lösen.

Ein Versprechen, das wir den Menschen in NRW zu Beginn unserer Zuhör-Tour gegeben haben, lautet Klarheit und Ehrlichkeit. Deshalb sagen wir ganz deutlich: Die Herausforderungen sind

enorm. Wir werden sie ab 2027 nicht alle sofort lösen können – manches braucht Zeit und zunächst staatliche Mehreinnahmen. Eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie eine Wiederbelebung der Vermögenssteuer schaffen endlich soziale Gerechtigkeit. Sie sind aber auch notwendig mit Blick auf die enormen Herausforderungen, vor denen NRW und Deutschland stehen. Mit den dort erwachsenden Mehreinnahmen, die den Ländern zustehen, sorgen wir für Chancengleichheit in unseren Kitas und Schulen.

Aus den Rückmeldungen, die wir auf [verstanden.nrw](https://www.verstanden.nrw) und im Rahmen der Zuhör-Tour erhalten haben, geht klar hervor, dass die Menschen vieles in ihrem Alltag als ungerecht empfinden. Wenn der Industriearbeiter erfährt, dass seine Stelle gestrichen wird – nicht, weil er einen schlechten Job macht, sondern weil sein Chef sich lieber Millionenbeträge auszahlt, anstatt in die Transformation des Unternehmens zu investieren. Wenn das Schulkind kein eigenes Tablet hat, weil es Zuhause finanziell sowieso schon nicht passt. Wenn die Seniorin nach vielen Jahren aus ihrer Wohnung ausziehen muss, weil ihre Miete unverhältnismäßig gestiegen ist. Egal ob mit Blick auf die öffentliche Sicherheit, das Bildungssystem, den Wohnungsmarkt oder Staus: Gerechtigkeit ist nicht zu viel verlangt. Gerechtigkeit ist der legitime Anspruch aller Menschen in NRW. Wir machen sie zu unserem Auftrag.

Den Weg des Zuhörens setzen wir dabei konsequent fort. Mit denjenigen, die uns geschrieben oder persönlich angesprochen haben, werden wir in einer digitalen Konferenz über die hier vorgelegten Prioritäten sprechen.

Zugleich sammeln wir die vielen guten Anregungen aus der Breite unserer Partei ein. Unsere Ideenschmiede steht allen offen. Bis Mitte Mai 2026 können schriftliche Impulse eingebracht werden, die in den weiteren Prozess für unsere 27 Punkte für 2027 einfließen. Im Sommer sind wir dann mit unseren 128 Kandidierenden und einem Aktionsformat in ganz NRW vor Ort. Wir haken weiterhin nach und prüfen kontinuierlich: Taugen unsere Ideen? Stimmen unsere Prioritäten? Tragen unsere Maßnahmen dauerhaft und sichern sie zugleich die Interessen zukünftiger Generationen? Kümmern wir uns um das, was den Menschen unter den Nägeln brennt?

Die Rückmeldungen aus der Kampagne *Wir haben verstanden* zeigen: Die Enttäuschung über die SPD sitzt tief. Verlorenes Vertrauen gewinnen wir nicht auf einmal zurück. Wir müssen es uns Schritt für Schritt erarbeiten – damit aus vorsichtiger Hoffnung wieder Zuversicht wird. Denn eines ist bei den vielen Rückmeldungen, die wir erhalten haben, auch ganz deutlich geworden: Die Menschen sind von uns enttäuscht, weil wir Fehler gemacht haben. Aber sie sind auch von uns enttäuscht, weil sie uns brauchen und weil sie wollen, dass wir für sie kämpfen. Und genau dafür ist dieser Antrag der Startschuss. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sollen wieder eine starke und selbstbewusste Sozialdemokratie an ihrer Seite wissen. Sie sollen wieder sagen können: Diese SPD ist wieder meine NRWSPD.